

Entschließung gegen rechte Umtriebe in Chemnitz und Neukölln

CDU und FDP stimmen dagegen

Vor dem Rathaus protestierten Sympathisant*innen des Syndikats für den Fortbestand der Kneipe in der Weisestraße. Eine diesbezügliche Anfrage konnte während der Sitzung jedoch nicht mehr beantwortet werden.

Einwohneranfragen

In den Einwohneranfragen ging es um Lärmbelästigung in der Bürgerstraße 60, Mietsteigerungen aufgrund der Umstellung von Gasetagenheizung auf Fernwärme sowie um eine Abwendungsvereinbarung für die Hausgemeinschaft Elbestraße/Weigandufer.

Entschließung gegen Neonazis in Chemnitz oder Neukölln

Die erste längere Debatte gab es zu der Entschließung von LINKEN und Grünen zum Thema „Neukölln oder Chemnitz - Neonazis und Rassisten entschieden entgegentreten!“. Die beiden Fraktionen hatten nach dem gemeinsamen Auftreten von AfD, Pegida und Nazi-Hooligans in Chemnitz den Missbrauch eines Todesfalls für rechte Aufmärsche scharf verurteilt und mehrere Vorfälle rechter Gewalt in Neukölln thematisiert. Die SPD hat daraufhin einen Änderungstext eingebracht. Dieser sah eine Streichung der Neuköllner Nazi-Ereignisse und des Weglassens der Verurteilung des Schulterchlusses der AfD mit den Nazis vor.

Nach Gesprächen zwischen SPD, Grünen und LINKEN konnte aber eine verschärfte Version des SPD-Texts beschlossen werden, in dem auch die Rolle der AfD in Chemnitz verurteilt wird. Dass die AfD-Fraktionen sich an

der Abstimmung nicht beteiligten und den Saal verließen, war nicht verwunderlich. Dass sich aber CDU und FDP gegen diese Entschließung ausgesprochen und dagegen gestimmt haben ist mehr als besorgniserregend.

Soziales Grundeinkommen

Eine längere inhaltliche Debatte gab es zur Großen Anfrage der FDP zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit und „soziales Grundeinkommen“ in Neukölln. Dabei ging es um die zu schaffenden Stellen auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Der regierende Bürgermeister hatte zu der Frage eine öffentliche Diskussion angeregt. Seit 2015 sind in Neukölln ca. 40 Betroffene als Schulhausmeistergehilfen beschäftigt worden.

Für die LINKE hat Doris Hammer darauf hingewiesen, dass dadurch reguläre Stellen ersetzt werden könnten und es keine Verbesserungen für die Langzeiterwerbslosen im Bezirk gäbe, da es hauptsächlich für ALG-1-Bezieher*innen gedacht ist.

Belanglose Anträge der AfD

Danach standen eine Vielzahl von Anträgen mit völlig unbedeutenden Inhalt von den AfD-Fraktionen auf der Tagesordnung. Dabei ging es beispielsweise um einen einzelnen defekten Bordstein oder Graffiti auf einem Verkehrsschild. Bemerkenswert war der AfD-Antrag für einen Männersportpreis. Als letzte Drucksache wurde auch dieser Antrag nach einem klugen und witzigen Redebeitrag einer Grünen Bezirksverordneten ebenfalls abgelehnt.



Initiativen

Alle Initiativen der Fraktion können auf www.linksfraktion-neukoelln.de eingesehen und nachverfolgt werden.

Anfragen

0966/XX Umsetzung des Beschlusses gegen die Privatisierung von Schulliegenschaften

871/XX Klare Kante gegen Privatisierung von Schulliegenschaften?

870/XX MieterInnen von Mahlower Block und Emser Str. schützen

Anträge

0984/XX Mehr Photovoltaikanlagen für Neuköllner Gebäude in öffentlicher Hand

0983/XX Kommunales Vorkaufsrecht erweitern, Spekulation verhindern, Leerstand beseitigen

919/XX Hänselstraße zwischen Sonnenallee und Gretelstraße zum verkehrsberuhigten Bereich umwidmen

918/XX Radverkehr in Hermannstraße und Sonnenallee sicherer machen

917/XX Öffentliches Erinnern an die Novemberrevolution in Neukölln

Populistische Exzesse

Absurder Schaukampf gegen organisierte Kriminalität von SPD und CDU

Fuchsbau wieder in Betrieb?!

Die BVV begann mit der Einwohnerfragestunde zu den Lärmbelästigungen in der Weserstraße. Die Einwohnerin der Weserstraße beschwerte sich, dass Touristen und Gastronomie frei walten könnten und es an einem Tourismuskonzept fehlen würde. Die Räume des Hostel Fantastic Foxhole, welches vom Bezirksamt nach einem langen Rechtsstreit geschlossen wurden, seien ebenfalls wieder in Betrieb. Letzteres konnte sich der Bürgermeister Hikel nicht erklären.

Tempelhofer Feld unter Beschuss

Weiter ging es mit einer Entscheidung zur Bebauung des Tempelhofer Feldes. Während DIE LINKE sich eindeutig gegen die Bebauung ausspricht, verweigerte die SPD, überhaupt Stellung zu beziehen. Zuvor hatten Vertreter*innen von Baulobby und SPD wiederholt die Bebauung des Feldes ins Spiel gebracht. 2014 hatte sich eine Mehrheit der Berliner*innen gegen eine Bebauung ausgesprochen.

Rassistischer Populismus

Im anhaltenden Wettstreit zwischen SPD und CDU, wer härter gegen die organisierte Kriminalität in Neukölln vorgeht, wird die SPD zunehmend nervös. In einem Antrag wollte sie Einfluss auf die Tagesordnung im Jugendhilfeausschuss nehmen, um den Jugendstadtrat von der CDU vorzu-

führen. Verschiedene Redner stellten kopfschüttelnd fest, dass die Vorsitzende des Ausschusses von der SPD die Tagesordnung selbst festlegen kann. Zur Krönung dieser Absurdität wurde der Antrag in den Ausschuss überwiesen. Christian Posselt von der Linksfraktion wies darauf hin, dass eine Einengung des Problems der organisierten Kriminalität auf sogenannte „Clans“ alle Neuköllner*innen mit Migrationshintergrund stigmatisiert.

Debatte um Integrationskonzept

In der Debatte um das neue Integrationskonzept 2018 des Bezirksamtes wurde von Ahmed Abed zunächst begrüßt, dass Integration als Normalität verstanden wird. Kritisch sieht er hingegen, die geringe Einbeziehung migrantischer Organisationen, die pauschale Verdächtigung von Familien mit Zuwanderungsgeschichte und die Ausklammerung von antimuslimischen Rassismus.

CDU will Banken regulieren

In Neukölln gibt es immer weniger Bankfilialen und Nahversorger. Auch für die CDU, die das Thema auf die Tagesordnung setzte, bedeutet dies einen Verlust an Wohnortqualität. Christian Posselt von der Linksfraktion freute sich über das Engagement der CDU verwies in diesen Zusammenhang aber auf die Deregulierung der Banken durch die Regierung.



Fraktion in der BVV Neukölln

Kontakt

Rathaus Neukölln
Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin,
Raum A307

Fon: +49.30.90239-2003
Fax: +49.30.90239-3482

linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de

www.linksfraktion-neukoelln.de

Sprechstunden

Nach Absprache per E-Mail oder Telefon.

Termine

26. November 2018 / 17:30 Uhr

Öffentliche Fraktionssitzung

3. Dezember 2018 / 17:00 Uhr

Öffentliche Fraktionssitzung

3. Dezember 2018 / 19:00 Uhr

Öffentliche Sitzung der BVV

5. Dezember 2018 / 17:00 Uhr

Öffentliche Sitzung der BVV

14. Januar 2018 / 17:30 Uhr

Öffentliche Fraktionssitzung

21. Januar 2018 / 17:30 Uhr

Öffentliche Fraktionssitzung

23. Januar 2018 / 19:00 Uhr

Öffentliche Sitzung der BVV

Bildervortrag & Diskussion

„100 Jahre Novemberrevolution in Neukölln“

Mittwoch, 21. November 2018, 19 - 21 Uhr

Ernst-Abbe-Gymnasium, Sonnenallee 79